

Sehen und lesen, was Sache ist



Beobachter News

**Magazin für politische
Bewegung im Südwesten**

www.beobachternews.de

Redebeitrag von Thomas Haschke, DIE LINKE, Kreisverband Stuttgart, bei der Auftaktkundgebung zum Ostermarsch am 26. März 2016 in Stuttgart

Liebe Antimilitaristinnen und Antimilitaristen, liebe Friedens-aktive,

mein Name ist Thomas Haschke und ich freue mich beim diesjährigen Ostermarsch als Vertreter des Kreisverband Stuttgart der Linken zu euch zu sprechen.

Von diesem Haus neben uns geht Krieg aus! Warum? Hier ist die Baden-Württembergische Rekrutierungszentrale - laut Armeesprache auch Karrierecenter genannt. Davon gibt es bundesweit 16. Hier werden die sogenannten Karriereberater geschult und ins ganze Land auf Soldatenfang geschickt. Soldat sein ist kein Beruf – Töten lernen, und dazu dient die Ausbildung an Waffen, Kriegsgerät und Kriegslogistik, sollte genauso wie der Beruf des Henkers aussterben.

Bei 16 Kriegs- und Auslandseinsätze weltweit ist die Bundeswehr aktuell mit dabei, dazu kommen noch in Rahmen von sogenannter Ertüchtigung die militärische Ausbildungen, die Bewaffnung von Staaten oder seit 2014 auch von nicht staatlichen Gruppen, wie den Peschmerga dazu. Nach dem Verteidigungsministerium sollen die Ausbildungseinsätze noch zunehmen. Nach Angaben der Bundeswehr waren seit 1992 rechnerisch mehr als 380.000 Soldaten im Auslandseinsatz, tatsächlich werden es noch mehr gewesen sein. Das sind 380.000 zu viel.

Auslandseinsätze finden nach den meisten Meinungsumfragen keine Mehrheit im Land und das ist gut so. Leider vertritt nur eine Partei im Bundestag diese Mehrheit.

Um mehr Akzeptanz für die militärische Politik zu finden, gibt es eine Arbeitsteilung zwischen Jugendoffizieren und Karriereberatern. Die Jugendoffiziere sind für die Gewinnung der Köpfe zuständig, das heißt durch Vorträge und anderen Angeboten an Schulen, Universitäten und Veranstaltungen sollen sie für die Politik und Akzeptanz der Bundeswehr werben. Dies hat auch die letzte und noch amtierende Landesregierung durch die Unterzeichnung einer neuen nicht besseren

Kooperationsvereinbarung 2014 mit der Bundeswehr besiegelt. Dagegen gilt es auch heute laut Nein dazu zu sagen! Und es bleibt aktuell: diese Kooperationsvereinbarung gehört gekündigt! Dafür setzen wir uns aus Linke zusammen mit euch allen ein. Leider zeigt die Arbeit der Jugendoffiziere Wirkung, da die Jugendlichen nur die Bundeswehr im Auslandseinsatz kennen. Der Anteil der Befürworter von Auslandseinsätzen ist bei Jugendlichen höher als bei der restlichen Bevölkerung. Hier heißt es aktiv zu werden. Ein gutes Beispiel ist die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden“.

Für die Werbung des Berufes bei der Bundeswehr gab die Bundesregierung letztes Jahr über 35,3 Millionen Euro aus, Personal- und Reisekosten von den 400 Karriereberater sind darin nicht enthalten. Soviel gibt kein Unternehmen für die Nachwuchsgewinnung aus. Mehr als 400.000 Kinder und Jugendliche erreicht die Bundeswehr jährlich allein durch Werbeveranstaltungen. Deswegen gibt es fast keine Bildungsmesse, wo die Bundeswehr nicht mit dabei ist und meist auch noch den personalstärksten und größten Stand auf der Messe stellt. Dagegen heißt es zu protestieren - hier in Stuttgart und überall wo ihr herkommt. Das stört die Bundeswehr und Regierung gewaltig, denn ohne neue Rekruten können sie keine Kriege führen und unser Protest dagegen hat daran einen Miterfolg. 8000 freie Stellen fehlen der Bundeswehr zurzeit zu ihrer Sollstärke von 185.000 – Tendenz der freien Stellen steigend. Die neuste Ankündigung von Ursula von der Leyen die Stellen um 15.000 zu erhöhen, wird hoffentlich genauso ins Leere laufen. Deswegen scheut sich die Bundeswehr auch nicht, Minderjährige zu rekrutieren. Exakt 1515 unter 18jährige wurden 2015 rekrutiert, darunter auch einige 16-Jährige. Sie unterschrieben Arbeitsverträge von bis zu zwölf Jahren Dauer. Dies ist unvereinbar mit den Prinzipien der UN Kinderrechtskonvention und geschieht mit Billigung der Bundesregierung. Die Vereinten Nationen haben die Bundesregierung bereits ermahnt, diese Praxis zu unterlassen.

Keine Kindersoldaten hier und in der ganzen Welt!

Unweit von hier, am Theaterhaus, befindet sich das Deserteursdenkmal für die Deserteure aller Kriege als Kontrast zu diesem Haus hier. Deserteure und Kriegsdienstverweigerer gibt es auch heute noch viele. In der Ukraine führte das Fernbleiben vom Militäreinsatz mit dazu, den Konflikt zu entschärfen. Das Zitat „Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“ bleibt aktueller denn je. In der Slowakei stellten über 20.000 Menschen letztes Jahr ihren Antrag auf Kriegsdienstverweigerung. In der Türkei, in Israel, Südkorea verweigern junge Menschen den Dienst an der Waffe. Allein in Südkorea sitzen jährlich über 700 Menschen deswegen in Haft. Freiheit für alle Kriegsdienstverweigerern! Ihnen gehört unsere Solidarität genauso wie den Verweigerern der Bundeswehr, die aus dem Dienst aussteigen wollen. Diese werden mit neuen Schikanen überzogen. Allein 2014 wurden nur 2/3 der 215 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung anerkannt. Außerdem müssen sie hohe Geldsummen bei einem frühzeitigen Austritt aus der Armee als komplette Rückzahlung für ihre Ausbildung oder Studium bezahlen. Dies können

einige 10.000te Euro sein. Im Oktober letzten Jahres wurde diese Handhabe auch noch vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt. Von einer freien Gewissensentscheidung bleibt da nicht mehr viel übrig.
Wir fordern alle Kriegsdienstverweigerer sollen anerkannt werden, auch ohne Kostenrückerstattung.

„Wir kämpfen auch dafür, dass du gegen uns sein kannst“ mit solchen oder anderen Slogans wirbt und ließ die Bundeswehr ganze Städte plakatieren und verschandeln, um für Akzeptanz zu werben und neues Kanonenfutter zu finden.
Allein diese Werbekampagnen kostet uns alle über 12,5 Mio. Euro.
Nein, nicht in unserem Namen - ihr kämpft für deutsche Großmachtspolitik, nicht für uns.

60 Jahre BW sind kein Grund zum Feiern.
Wie zu Nazi-Zeiten führte die BW am 11.11.2015 einen Fackelaufmarsch vor dem Reichstag durch. Über 35 Mrd. Euro kostet uns das deutsche Militär - jährlich. Geld, was bei sozialen Projekten, wie sozialem Wohnungsbau, modernen Schulen und Sportstätten und bei denen, die vor Krieg und Elend fliehen, fehlt. Deutschland trägt Mitschuld an Flucht und Vertreibung, durch deutsche Waffen, Militär und Militärausbildung.

Letztes Jahr führte die Bundeswehr in Rahmen ihrer Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung den sogenannten Tag der Bundeswehr durch und möchte ihn als ständigen Tag etablieren. Die Bundeswehr soll stärker in die Mitte der Gesellschaft rücken. An diesem Tag werden im ganzen Bundesgebiet bei zentralen Veranstaltungen Militärshows veranstaltet Dieses Jahr findet der Propagandatag am 11. Juni statt, in Baden-Württemberg in Stetten am kalten Markt.
Kommt zahlreich zu den Protesten nach Stetten, um dem Militär Sand ins Kanonenrohr zu füllen.

Nein zum Tag der Bundeswehr!
Nein zu Kriegs- und Auslandseinsätzen!
Nein zur Bundeswehr!